Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 31. | Dresden, Mittwoch den 7. Februar 1912. | 23. Jahrg.

Vor der Eröffnung des Reichstags.

Berlin, 6. Februar.

Heute beginnt der neue Reichstag, der in heißen Wahlkämpfen gewählt ist, seine Tätigkeit. Mit Spannung erwarten die Millionen des deutschen Volkes, wie sich nun seine höchste politische Vertretung bewähren mag.

Zunächst aber ist die Aussicht in die weitere Gestaltung des politischen Lebens im Deutschen Reiche noch mit recht dichten Nebeln verhangen. Wäre das Wahlsystem für den Reichstag ein wirklich gleiches, würde die Zusammensetzung des Reichstags dem Willen der Wähler richtig entsprechen, so hätten wir weit mehr Klarheit. Aber die Ungerechtigkeiten der Wahlkreiseinteilung haben bewirkt, daß insbesondere das Zentrum in einer Fraktionsstärke in den neuen Reichstag eintreten darf, die seiner Wählerzahl entfernt nicht entspricht. Daher ist die Mehrheit, die durch Liberale und Sozialdemokraten gebildet werden kann, nur eine recht schwache, von allerlei Zufälligkeiten abhängige. Und der weitere unsichere Faktor in jeder Berechnung der politischen Entwicklungsmöglichkeiten ist die völlige Zweifelhaftigkeit und Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, die den rechten Flügel der liberal-sozialdemokratischen „Linken" bilden. Auf dem rechten Flügel dieses rechten Flügels sitzen gar Persönlichkeiten, die sich mit vielen Konservativen an reaktionären Gesinnungen durchaus messen können. Es ist daher nicht abzusehen, ob auch nur in einigen wichtigen Fragen die sogenannte Linke des Reichstags wirklich zu tatkräftigem Wirken in die Erscheinung treten wird.

Ausgespielt ist allerdings die Herrscherrolle der Konservativen. Diese Partei ist so stark zurückgeworfen, daß sie im Reichstage nicht mehr mit einer der andern großen Parteien, weder mit Zentrum noch mit den Liberalen, eine Mehrheit bilden kann. Dagegen ist die Stellung des Zentrums noch immer äußerst mächtig geblieben, zum Teil durch die Unterstützung von Konservativen und Nationalliberalen bei den Wahlen. Und das Zentrum wird alle Künste seiner geriebenen Politik spielen lassen, um sich eine führende Rolle zu sichern. Niemand kann heute sagen, ob das Zentrum weiterhin sich auf Gedeih und Verderb an der Seite der geschlagenen Konservativen halten oder ob es neue politische Schwenkungen versuchen wird.

Die Unsicherheit der gesamten Reichstagsverhältnisse zeigt sich jetzt am drastischsten in der allgemeinen Ungewißheit über die Gestaltung des neuen Präsidiums. In der Zusammensetzung des Präsidiums soll sich das Wesen des Reichstags spiegeln. Aber welches ist das Wesen dieses Reichstags? Wie ist ein Präsidium zusammenzubringen, das Aussicht auf Dauer hat? Die Rechtsparteien möchten wohl gern die Nationalliberalen zu sich hinüberziehen und ihnen einen Sitz im Präsidium einräumen, wofern die Nationalliberalen für einen Konservativen oder Zentrumsmann als Präsidenten zu haben wären. Das können aber die Nationalliberalen nicht, wenn sie nicht bei ihren eigenen Anhängern helle Entrüstung entfachen und zugleich die freundnachbarliche Fortschrittspartei abstoßen wollen. Der andere Weg für die Nationalliberalen wäre, mit Fortschrittlern und Sozialdemokraten zusammen das Präsidium zu besetzen. Die Nationalliberalen könnten vielleicht, obschon sie bei weitem nicht die stärkste Fraktion sind, den Präsidentensitz erhalten. Das wäre für sie keine Kleinigkeit. Aber sie können diesen Erfolg nur haben, wenn sie vernünftig genug sind, der Sozialdemokratie den ersten Vizepräsidenten zu geben, worauf unsere Partei unzweifelhaft berechtigten Anspruch hat. Die Nationalliberalen dürften dabei auch nicht irgendwelche Bedingungen an uns stellen, deren Annahme, wie sie wissen, für uns unmöglich wäre. Man darf sehr gespannt sein, wie sich die nationalliberale Fraktion entscheiden wird. Davon wird voraussichtlich die ganze weitere Entwicklung der Reichstagsverhältnisse abhängen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls ihr Bestes tun, um den Willen des deutschen Volks, wie er bei den Wahlen zum Ausdruck kam, auch parlamentarisch zur Geltung zu bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereits am heutigen Tage zu ihrer ersten Sitzung versammelt. Es war eine große und denkwürdige Stunde, da sich unsere 110 vollzählig zusammenfanden. Es gab viel herzliches Begrüßen und aus aller Augen leuchtete die Freude des gewaltigen Wahlsieges.

Unser Bebel eröffnete die Sitzung mit einer prächtigen Ansprache. Er erinnerte daran, daß er vor 45 Jahren als erster Arbeitervertreter in den Norddeutschen Reichstag eingetreten war. Damals habe er sicherlich nicht geglaubt, daß er nach Jahrzehnten als Aeltester mit der größten Fraktion in den Reichstag einziehen werde. Bebel wies darauf hin, daß unsern Vertretern jetzt ganz besonders schwere Aufgaben bevorstehen. Wir werden aber nach besten Kräften für unsere Sache zu kämpfen wissen.

Es erfolgte dann die Konstituierung der Fraktion und eine Besprechung über die Präsidialfrage.

• • •

Die Konstituierung unserer Fraktion.

In den Fraktionsvorstand wurden gewählt: Bebel, Haase, Molkenbuhr als Vorsitzende; Fischer-Berlin und Dr. David als Schriftführer; Kaden und Ebert als Kassierer. — In den Seniorenkonvent werden entsandt: Bebel, Molkenbuhr, Geyer, Haase, Dietz und Fischer-Berlin. Kartenverwalter der Fraktion ist Genosse Zubeil.

•

Die nationalliberale Fraktion und die Präsidentenfrage.

In der Sitzung der Nationalliberalen nahmen, wie das Berliner Tageblatt meldet, naturgemäß die Erörterungen über die Präsidentenfrage einen breiten Raum ein. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Gesamtstimmung läßt sich dahin charakterisieren, daß die nationalliberale Fraktion „einerseits" nicht der Meinung huldigt, die schwarzblauen Parteien verfügten noch über die Majorität, „andererseits" aber auch Zweifel am Bestehen einer Linksmajorität hegt. Zwischen zwei gleichstarken Gruppierungen schwanken nach ihrer Meinung vielmehr einige unsichere Kantonisten einher, die in die Mehrheitsverhältnisse von vornherein eine Unsicherheit bringen. Die nationalliberale Fraktion will daher von einem ausgesprochenen Linkspräsidium nichts wissen. Sie erkennt jedoch den Anspruch der Sozialisten auf einen Sitz im Präsidium als gerechtfertigt an. Die Fraktion ist auch geneigt, für einen sozialistischen Vizepräsidenten zu stimmen, falls dieser die Erklärung abgibt, sich an dem üblichen Besuche des Gesamtpräsidiums beim Kaiser beteiligen zu wollen.

Bayrische Wahlen und Regierungskrisis.

München, 6. Februar 1912.

Das Ergebnis der bayrischen Wahlen ist, absolut betrachtet, ein großer Erfolg der Zentrumsgegner; nur im Hinblick auf das gestellte Wahlziel — die Sprengung der Zentrumsmehrheit — kann man von einem Mißlingen reden. Um das zu erreichen, hätte man 18 Mandate dem Zentrum abnehmen müssen. Aber man kann so heute auch sagen, daß das nicht genügt hätte, da das Zentrum immer noch die Gefolgschaft der Landwirtsbündler zur Verfügung gehabt haben würde. Immerhin verloren Zentrum und Landwirtsbündler, also der schwarzblaue Block in Bayern, 21 Mandate. Aber die Wahlen haben auch gezeigt, daß die Ueberwindung der Zentrumsmehrheit möglich gewesen wäre. Die kleine Mehrheit, die dem Zentrum blieb, ist eine Zufallsmehrheit; nur kleine Stimmenverschiebungen, und sie ist vorüber. Der Ruf der Unbesiegbarkeit des Zentrums ist auch in Bayern für immer zerstört. Ohne das Versagen des altbayrischen Bauernbunds — der liberale deutsche Bauernbund hat gute Erfolge erzielt — wäre schon diesmal die schwarze Mehrheit beseitigt worden. Das weiß die Zentrumspartei sehr genau und darum klingen die Siegeslieder gedämpft; Herr v. Orterer hat sogar am Abend des Wahltages versprochen, daß man die Mehrheit nicht zur Unterdrückung der Gegner benutzen wolle.

Erst die Stimmenzahlen, deren Ergebnis noch nicht vorliegt, werden den Niedergang des Zentrums erweisen. In München hat es nicht einmal die Stimmenzahl von 1907 behaupten können, während die Zentrumsgegner um 10 000 zugenommen haben. Das ist die Besorgnis des Zentrums, und außerdem die Erscheinung, wie sehr sich die Beamtenschaft radikalisiert. Der elementar ausgebrochene Zentrumshaß wird durch keine Künsteleien der Wahlkreisschneiderei und auch durch keine Drohungen und Gewalttätigkeiten mehr besänftigt. Daß das Umsturzgeschrei nicht mehr wirkt, daß die Kampfbrüderschaft der Sozialdemokraten und Liberalen sich ohne jede Ausnahme und Trübung bewährt hat — all das läßt das siegreiche Zentrum mit Angst in die Zukunft blicken.

Zweierlei ist nun zu tun: Für den Kampf um den Proporz ist es unerheblich, daß das Zentrum die Mehrheit behalten hat; er kann ja ohne Zweidrittelmehrheit ohnehin nicht beschlossen werden. Dieser Kampf wird nicht mehr zur Ruhe kommen. Sodann ist der systematische Ausbau der Organisationen in den Zentrumskreisen durchzuführen; das Zentrum zu überwinden, ist nur eine Frage der aufzuwendenden Arbeit und Mittel.

Je mehr das Zentrum dem Wahlglück mißtraut, um so fester klammert es sich an die Regierung und die herrschenden Kasten. Daß eine Regierung, nachdem sie das Parlament wegen Verfassungsbruchs der Mehrheit aufgelöst hat, am Tage der Wahlen, vor der Entscheidung, die Flucht ergreift, ist noch nicht dagewesen; aber zweifellos ein Erfolg der Giftmischerpolitik des Zentrums, das in dem Ministerpräsidenten Podewils einen geheimen Helfer hatte.

Der Prinzregent hat die Mitteilung der Demission entgegengenommen, aber sich die Entscheidung vorbehalten. Die konservative Reinigung des Ministeriums wird durchgeführt, ein gefügiges Zentrumskabinett gebildet werden. Der Sturz der Frauendorfer und Pfaff ist von Berlin aus geleitet worden. Das Zentrum preußischer Färbung ist deutsche Regierung. Die bayrische Zentrumspresse erklärt längst, daß die bayrische Regierung im Kampfe gegen den Umsturz nicht gegen Preußen arbeiten dürfe. Das bayrische Zentrum ist also glücklich preußisch partikularistisch geworden. Schwarz-weiß-blau ist in Zukunft die Fahne der bayrischen Regierung und der bayrischen Zentrumspolitik.

•

Die Berliner Presse über die bayrischen Wahlen.

Ueber die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen gehen in der Berliner Presse die Meinungen stark auseinander. Den stärksten Gegensatz zueinander bilden das linksliberale Berl. Tagebl. und die klerikale Germania, denn beide schreiben ihren eigenen Freunden den Sieg zu und schreien aus voller Brust Triumph. Das Tageblatt konstatiert die Niederlage der Schwarzblauen, die Germania die des Großblocks. Zwischendurch machen sich Stimmen vernehmlich, in denen eine objektivere Würdigung des Wahlausfalls zum Ausdruck kommt, und niemand wird bei ruhiger Ueberlegung der Voss. Ztg. widersprechen können, die meint, das Zentrum und die Konservativen hätten zwar eine empfindliche Niederlage erlitten, doch sei das Ziel des Wahlkampfes nicht erreicht, da die geschlagenen Parteien eine erhebliche Mehrheit behalten hätten.

Die an Vernichtung grenzende Niederlage der Agrarkonservativen ist so augenfällig, daß selbst die Deutsche Tagesztg. um die Feststellung dieser ihr so überaus schmerzlichen Tatsache nicht mehr herumkann. „Es läßt sich nicht leugnen und vertuschen," schreibt sie, „daß die rechtsstehenden Parteien, insbesondere die Konservativen und der Bund der Landwirte die Zeche bezahlt haben." Sie tröstet sich aber damit, daß die Niederlage eine „ehrenvolle" sei und ist sogar „stolz" darauf, daß ihre Leute an dem „Pyrrhussieg" der Linken keinen Anteil haben.

Das Wort vom „Pyrrhussieg" trifft aber hier sehr schlecht, denn auf den leider unzureichenden Erfolg der vereinten Zentrumsgegner läßt sich gewiß das Wort nicht anwenden: „Noch einen solchen Sieg und du bist verloren." Das paßt viel besser auf den „Sieg", den die Germania auf der Seite des Zentrums konstatiert, während die Gegner dieser Partei sich eher sagen können: „Noch einen solchen Sieg und wir haben gewonnen!"

Die Germania geht in ihrer Unvorsichtigkeit so weit, davon zu sprechen, daß der Angriff der Gegner „glänzend" zurückgeschlagen worden sei. Das Wort „glänzend" sollte wohl von einer Partei vermieden werden, die bei den Reichstagswahlen zehn, bei den Landtagswahlen zwölf Mandate verloren hat, deren Bundesgenossen zur Rechten beinahe aufgerieben worden sind, die in ihrer Prozentualbeteiligung an der Gesamtwählerziffer zurückgegangen ist, und anscheinend trotz einer vor nichts zurückschreckenden Agitation auch noch zwischen Reichstags- und Landtagswahlen Wähler verloren hat. So verdankt die Zentrumspartei ihre „glänzenden" Erfolge, die sie trotz aller fürchterlichen Prügel errungen haben will, im Reich wie in Bayern nur dem schädigen Unrecht der Kreiseinteilung — in Bayern wohl nebenbei auch dem unvorhergesehenen Zwischenfall der possenhaften Ministerkrise, in deren Beurteilung die liberale Presse der Reichshauptstadt mit Ausdrücken der Ueberraschung und Entrüstung nicht spart.

•

Die gewählten Sozialdemokraten sind:

Pickelmann-München II, Schmitt-München VI, Roßhaupter-München VII, Müller-München VIII, Auer-München IX, Timm-München X, Schmid-München XI, v. Vollmar-München XII, Nummerfall-München-Land, Profit-Speyer, Hoffmann-Kaiserslautern, Klement-Kaiserslautern, Huber-Ludwigshafen I, Körner-Ludwigshafen II, Keidel-Frankenthal, Gentner-Kulmbach, Söckler-Nürnberg I, Dr. Süßheim-Nürnberg III, Dorn-Nürnberg IV, Simon-Nürnberg V, Schneppendorst-Nürnberg VI, Segitz-Fürth, Klampfer-Fürth, Hierl-Schwabach, Dr. v. Haller-Erlangen, Vogel-Hersbruck, Lemmermann-Ansbach, Endres-Würzburg I, Reißwagen-Augsburg II, Gölger-Kempten.

Deutsches Reich.

Die Aufgaben des neuen Reichstags.

Die Nordd. Allgem. Ztg. veröffentlichte an der Spitze ihrer am Dienstag abend erschienenen Nummer folgendes:

„Abgesehen von der Hauptaufgabe des neuen Reichstags in seiner bevorstehenden Session, der Verstärkung unserer Wehrfähigkeit nebst Deckung der Mehrkosten, befinden sich mehrere Entwürfe in Vorbereitung. Ueber den vom Bundesrat beschlossenen Entwurf des neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes haben wir kürzlich nähere Angaben gemacht. Ueber weitere Vorarbeiten erfahren wir gegenüber anderen irrigen Mitteilungen das folgende:

Vorbereitet sind Gesetzentwürfe über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und über die Versorgung von Personen, die in gemeinnütziger Tätigkeit beim Retten oder Bergen von durch Feuers- oder Wassergefahr bedrohten Menschen oder bei Ausübung eines öffentlichen Dienstes von Unfällen betroffen worden sind; ein Nachtragsetat für das Direktorium der zur Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erforderlichen Reichsanstalt; eine Vorlage wegen Schaffung der für die koloniale Rechtsprechung notwendigen dritten Instanz und ein Schutztruppengesetz; ein Postscheckgesetz. Unsere Rechtsbeziehungen zu Bulgarien sind durch drei Verträge, nämlich einen Konsularvertrag, einen Vertrag über Rechtsicherung und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und einen Auslieferungsvertrag neu geregelt worden; diese Verträge, sowie ein gleichzeitig abgeschlossenes Abkommen über die Verlängerung unseres Handelsvertrags mit Bulgarien werden dem Bundesrat und dem Reichstag zur Genehmigung zugehen."

Das deutsche Volk hat bei den Wahlen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es eine fortschrittliche Gesetzgebung will. Aber das rührt den braven Bethmann und seine Staatssekretäre und Geheimräte nicht. Abgesehen von dem Gesetz über die Sonntagsruhe befindet sich unter den angekündigten Vorlagen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120207/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG